



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-22528

E-Mail: thomas.kraemer@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 06.11.2018, 15:30 Uhr bis 19:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Luisa Schwab	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Helmut Nickenig	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach Deutsches Rotes Kreuz

Beratende Mitglieder

Herr Peter Krücker Caritasverband Anwesend bis 18:33 Uhr
Frau Martina Schönhals Diakonisches Werk Köln und Region

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Anja Ramos AWO Köln

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Herbert Mück Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes SPD vertreten durch RM Franz Philippi
Herr Christoph Klausing CDU Vertreten bis 16:20 durch Herrn RM Pohl

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano Italiani per Colonia

Beratende Mitglieder

Frau Figen Maleki Balajou LiL
Herr Marcel Hagedorn SPD
Herr Franz Xaver Corneth auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters auf Vorschlag der CDU
Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußien Aidshilfe Köln e.V.

Beratende Mitglieder

Herr David Klapheck

Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers des Ausschusses für Soziales und Senioren
3277/2018

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einrichtung einer zentralen städtische Rufnummer zur Benennung von Einrichtungen der Kurzzeitpflege mit Angaben zu aktuell freien Plätzen, Antrag des Sachkundigen Einwohners Dr. Dr. Mück

2.2 Unterstützungsangebote für Wohnungslose aus Rumänien und Bulgarien
AN/1318/2018

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Leitprojekt "Weiterentwicklung des Seniorenpakets vor dem Hintergrund des demographischen Wandels"
hier: Ausbau der SeniorenNetzwerke
3177/2018

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Neubau von vier Mehrfamilienhäusern im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf - Baubeschluss
2961/2018

4.2 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft - Anpassung des Planungsauftrags
2267/2017/1

4.3 Umsetzungsbericht zum Diversity Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“
2905/2018

4.4 Vergabe Restmittel Antirassismus-Training
3332/2018

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5.1 Förderung des Projektes "Port Kölnberg - Veedelslotse"
3438/2018

6 Anregungen, Stellungnahmen und Berichte der Stadtarbeitsgemeinschaften

6.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018
3010/2018

6.2 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018 - Mitteilung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST
3122/2018

6.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern
3459/2018

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.1.1 Genehmigungsfreistellung nach § 67 Bauordnung Nordrhein – Westfalen (BauO NRW)
2619/2018

7.1.2 Illegale Vermietung von Studentenappartements als Ferienwohnungen in Köln
3076/2018

7.2 Bericht Wohnen in Köln 2017 - Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2017, Ausblick 2018
3358/2018

7.3 Pegel Köln 3/2018
Einwohnerentwicklung 2017: Köln wächst - auch bei geringer Zuwanderung
3059/2018

7.4 1. Sachstandsbericht Kooperatives Baulandmodell Köln
0022/2018

7.5 Wohngeld - Bericht über die aktuelle Entwicklung
3213/2018

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Nachfragen zum Datenschutz im JobCenter - Anfrage der Gruppe BUNT aus der Sitzung vom 06.09.2018
AN/1201/2018

8.1.1.1 Beantwortung der Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 06.09.2018 „Nachfragen zum Datenschutz im Jobcenter“
3416/2018

8.1.2 Anfrage von RM Frau Heuser zum Bericht des Jobcenter Köln zum Thema Integration Geflüchteter aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.06.2018
3413/2018

8.1.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Lerchner in der Sitzung des Sozialausschusses am 06.09.2018 zum Angebot "Fit für mehr mit Abschluss"
3461/2018

8.2 Bericht des Jobcenter Köln
3487/2018

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Unterbringung von Flüchtlingen - Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses vom 17.05.2018
AN/0775/2018

9.1.2 Wohnsitzauflage von Geflüchteten
3370/2018

9.1.3 22. Bericht zur Situation Geflüchteter
3355/2018

9.1.4 Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in Köln - Anfrage der Ratsgruppe BUNT
AN/1514/2018

9.2 4. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
2459/2018

9.3 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
3506/2018

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2018
3317/2018

10.2 Sachstand: Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
2763/2018

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen
AN/0940/2018

Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen (Beantwortung der Anfrage AN/0940/2018 der Ratsgruppe BUNT im Ausschuss für Soziales und Senioren)
2731/2018

11.1.2 Deckung des Bedarfs an vollstationären Dauerpflegeplätzen in Köln. Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1144/2018

11.1.3 Beantwortung einer Anfrage und Anmerkungen zum geplanten Amt für Integration und Vielfalt
3150/2018

11.1.4 Schwerbehindertenrecht - Bearbeitungsdauer von Schwerbehindertenanträgen
3377/2018

11.1.5 Beantwortung einer Nachfrage des RM Detjen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 zum Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmen des Integrationsbudgets
2768/2018
3519/2018

11.1.6 Ergänzung der Mitteilung 2768/2018 „Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmen des Integrationsbudgets“ zu den Maßnahmenempfehlungen Nr. 6 bis 8 und 10
3515/2018

11.1.7 Ehrenamtskarte und Jugendleitercard
3493/2018

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

12.1 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2017 und Vorstellung der neuen Leiterin der Beratungsstelle Frau Diana Meschke
2285/2018

12.2 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
1656/2018

12.3 Veröffentlichung Themenberichte 1 und 2 zu den Ergebnissen der "Leben in Köln" - Umfrage
1904/2018

12.4 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Projektlaufzeit
2559/2018

12.5 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018
2560/2018

12.6 Kölner Statistische Nachrichten 4/2018
Erwerbstätigkeit und wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung -
Ergebnisse der "Leben in Köln"-Umfrage 2016
3058/2018

12.7 Präventive Hausbesuche Evaluation
2918/2018

12.8 Angebote der Winterhilfe 2018/2019 für wohnungslose Menschen
3300/2018

12.9 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit)
3458/2018

12.10 Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung
3432/2018

12.11 1. Kölner Fachtag für Zahngesundheit und Mundhygiene
3535/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

13 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

14 Beantwortungen von Anfragen

15 Mitteilungen

15.1 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
2434/2018

16 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

17 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

17.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

17.1.1 Unterbringung Geflüchteter in Mietobjekten
3296/2018

17.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

17.3 Mündliche Anfragen

18 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

20 Ausschussempfehlungen an den Rat

20.1 Anmietung von Leichtbauhallen zur Unterbringung von Geflüchteten, Butzweilerhofallee 51, 50829 Köln
2467/2018

21 Anfragen

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** eröffnet um 15:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnungsdebatte begrüßt **der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold Frau Helga Blümel**, die in den vergangenen 15 Jahren als Sachkundige Einwohnerin beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und Senioren war. **Herr RM Paetzold** gibt **Frau Blümel** die Möglichkeit einige Worte an den Ausschuss zu richten. Frau Blümel verabschiedet sich persönlich in einer kurzen Ansprache von den Mitgliedern des Ausschusses, den sie als die wesentlichste Säule des sozialen Kölns betrachtet. Hier sei die Kompetenz von Politik, Verwaltung und unterschiedlich sortierter Trägerlandschaft versammelt. In Diskussionen seien immer gute Lösungen für die großen Themen, die den Ausschuss Soziales und Senioren beschäftigt haben, gefunden worden. Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold bedankt sich ausdrücklich bei Frau Blümel für ihr langjähriges Engagement und ihre Mitarbeit im Ausschuss und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Der Ausschussvorsitzende **Herr RM Paetzold** bittet den Ausschuss vor den Eintritt in die Debatte um die Tagesordnung dem Punkt A der Tagesordnung zuzustimmen.

A. Bestellung eines Schriftführers des Ausschusses für Soziales und Senioren 3277/2018

Der Ausschuss stimmt der Bestellung von **Herrn Krämer** als neuen Schriftführer des Ausschuss Soziales und Senioren für die restliche Dauer der Wahlperiode zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich beim bisherigen Schriftführer **Herrn Diener** und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** tritt nun in die Tagesordnungsdebatte ein und schlägt folgende Änderungen vor:

- die beiden Tagesordnungspunkte 10.2 und 12.1 vorzuziehen, da sowohl **Herr Höhn** von der KVB als auch **Frau Mensche** andere terminliche Verpflichtungen wahrnehmen müssen
- zu TOP 12.3 und 12.6 gibt es den Vorschlag der Verwaltung diese beiden Punkte auf die Dezember-Sitzung zu verlegen, da an dieser Sitzung Frau Berg vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik eine Präsentation aller 4 Themenbereiche von ca. 25 Minuten Dauer vortragen könne. Der Ausschussvorsitzende hatte hierzu in der Vergangenheit ein Fachgespräch vorgeschlagen, aber dies werde, wenn der Verschiebung auf die Dezember-Sitzung zugestimmt wird, nicht mehr nötig sein.

Herr RM Detjen bittet darum TOP 12.10 und Top 2. 2 zusammen zu behandeln.

Frau RM Heuser beantragt TOP 5.1 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da dieser als Tischvorlage mit Anhang recht kurzfristig vorgelegt wurde. Des Weiteren schlägt sie vor, zu TOP 20.1 die Beschlüsse direkt anschließend zu behandeln, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen direkt im Anschluss um 18:30 Uhr eine Sondersitzung hat.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** klärt darüber auf, dass TOP 20.1 im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung behandelt wird. Er könne damit nicht in den öffentlichen Teil vorgezogen werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass TOP 5.1 eine Dringlichkeitserklärung beinhaltet. Eine Nichtbefassung würde bedeuten, dass die Maßnahme nicht mehr in diesem Jahr beginnen könne. **Frau RM Heuser** legt Wert darauf, dass der Ausschuss die benötigte Zeit erhält, um sich mit dem Konzept zu diesem Beschluss zu befassen. Der Ausschussvorsitzende **Herr RM Paetzold** schlägt vor, TOP 5.1 ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bittet auch TOP 12.9 vorzuziehen, da Frau Gramm früher die Sitzung verlassen müsse.

Frau RM Hoyer bittet TOP 7.2 auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu verschieben, da hier noch Beratungsbedarf in der Fraktion besteht.

Weitere Ergänzungen bzw. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Änderung der Tagesordnung wird, wie vorgetragen, einstimmig zugestimmt.

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einrichtung einer zentralen städtische Rufnummer zur Benennung von Einrichtungen der Kurzzeitpflege mit Angaben zu aktuell freien Plätzen, Antrag des Sachkundigen Einwohners Dr. Dr. Mück

Herr SE Dr. Dr. Mück möchte mit diesem Antrag vorschlagen, ein zentrales Telefon in Köln einzurichten, bei dem man sich kurzfristig nach offenen Kurzzeitpflegeplätzen erkundigen kann. Kurzzeitpflege sei etwas, das nicht lange geplant werden könne, sondern entstehe aus einem akuten Notfall. Er verweist als Beispiel auf die Stadt Bonn, bei der eine Stelle vorhanden ist, welche bei der Suche nach einem Kurzzeitpflegeplatz behilflich ist. In Köln gibt es zwar das Seniorenberatungstelefon, dieses sei allerdings nicht immer besetzt. Man bekomme dann eine lediglich eine Liste zugeschickt, welche man selbst abtelefonieren muss. Für akut drängende Fälle sei dies keine praktikable Lösung.

Frau Steinraths begrüßt den Antrag und führt aus, dass das Amt für Soziales und Senioren gerade nach einem geeigneten Programm/einer App sucht, mit der den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zur Auffindung eines freien Kurzzeitpflegeplatzes angeboten werden kann.

Herr RM Detjen merkt an, dass hier auch die Pflegeversicherungen in einer finanziellen Verantwortung stehen, da ein derartiges, professionelles Angebot für ein bis zwei Arbeitsstellen selbstverständlich Kosten verursacht. Die Versorgung mit Kurzzeitpflegeplätzen sei eine Aufgabe der Pflegeversicherung.

Herr SE Krücker führt aus Sicht der Träger aus, dass das eigentliche Problem der Mangel an Kurzzeitpflegeplätze sei. Vorhandene Kurzzeitpflegeplätze werden derzeit bereits prospektiv vergeben.

Frau RM Heuser erinnert daran, dass auch die Träger mit in der Verantwortung sind eine App oder Software mit freien Kurzzeitpflegeplätzen vorzuhalten und entsprechend aktuell zu halten.

Frau RM Gärtner sieht ein Problem in den verschiedenen Arten der Kurzzeitpflegeplätze. Dies sind einerseits die geplanten Plätze, welche z.B. für einen geplanten Urlaub gebucht werden und andererseits die akut notwendigen Plätze, bei denen die Pflegeperson ausfällt und kurzfristig keine andere ambulante Versorgung organisiert werden kann. Hier seien wohl die kurzfristigen Pflegeplätze angesprochen, bei denen man ggf. darüber nachdenken müsse Belegungsrechte, wie z.B. bei Wohnungen, zu sichern. Allerdings stelle sich dann die Frage, welche Stelle die Ausfallkosten hierfür trägt. **Frau RM Gärtner** führt weiter aus, dass ihrem Kenntnisstand nach einige Kasernen die Vermittlung von Kurzzeitpflegeplätzen anbieten. Hier sollte ggf. eine Zusammenarbeit gesucht werden.

Frau Steinraths bedankt sich für die eingebrachten, hilfreichen Aspekte. Der Verwaltung ist klar, dass das Grundproblem, die geringe Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze, mit einer App nicht zu lösen sein wird.

Frau RM Hoyer erinnert daran, dass neben einer möglichen App für den angesprochenen, meist älteren Personenkreis auch ein telefonisches Angebot gemacht werden sollte.

Frau Steinraths teilt mit, dass für das Seniorenberatungstelefon eine Neueinstellung erfolgte und man so die Erreichbarkeit verbessert habe.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Unterstützungangebote für Wohnungslose aus Rumänien und Bulgarien AN/1318/2018

Der Antrag wird, wie in der Tagesordnungsdebatte einstimmig beschlossen, in Verbindung mit TOP 12.10 behandelt.

Herr SE Nickenig begründet den Antrag im Hinblick auf die Lebenssituation der im Antrag genannten Personen und der dadurch entstehenden Belastung u.a. des Sozialhaushaltes der Stadt Köln.

Der **Vorsitzende des Ausschusses Herr RM Paetzold** erwidert in einer Erklärung, auch im Namen der Sprecher/innenkollegen aus den anderen Fraktionen, dass der Antrag als höchst unappetitlich empfunden wird. Er verweist auf TOP 12.10 der Tagesordnung und macht darauf aufmerksam, dass in diesem Bereich bereits Mittel zur Rückführung eingeplant seien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Leitprojekt "Weiterentwicklung des Seniorenpakets vor dem Hintergrund des demographischen Wandels" hier: Ausbau der SeniorenNetzwerke 3177/2018

Herr SE Dr. Dr. Mück bedankt sich im Namen der Seniorenvertretung dafür, dass zwei wichtige Anliegen aufgenommen wurden. Einerseits die Erhöhung der Fördergelder für die selbstorganisierten Seniorennetzwerke und das ferner erstmalig die Mitwirkung der Seniorenvertretung als auch die Mitwirkung der Sprecher der Seniorennetzwerke an der weiteren Konzeptentwicklung vorgesehen ist. Bisher sei über die eigentlich Beteiligten hinweg organisiert worden.

Frau RM Heuser stellt die Frage, wie die unterschiedliche Anzahl der Stadtteile in den Stadtbezirken aufgefangen wird, da für jeden Stadtbezirk eine 0,5% Stelle vorgesehen ist, die einzelnen Stadtbezirke aber über unterschiedlich viele Stadtteile verfügen.

Frau SE Brauckmann bemerkt zum Punkt „Qualitative Weiterentwicklung“, dass die Seniorennetzwerke inkludierend tätig, d.h. offen sind und das zielgruppenspezifische Abschottungen – nicht nur im Bereich LSBTQ – ausgeschlossen sind und legt Wert darauf, dass dies als Ergänzung berücksichtigt wird.

Frau RM Hoyer bedankt sich für die finanzielle Unterstützung der Seniorennetzwerke, bittet aber um eine Ergänzung des Beschlusstextes um die Seniorennetzwerke.

Frau RM Gärtner teilt mit, dass auch Ihrer Fraktion die Seniorennetzwerke wichtig sind und bittet daher, den Beschlusstext entsprechend zu ergänzen. Hinsichtlich der Stellen hinterfragt sie den Sinn, in jedem Bezirk eine halbe Stelle anzusiedeln. In Summe wären dies stadtweit 4,5 Stellen, die man z.B. rechts- oder linksrheinisch aufteilen könne. Eine Bündelung der Stellen hätte Vorteile für die Bearbeitung der Anliegen der Seniorennetzwerke. Sie bittet daher über die Ansiedelung der Stellen nachzudenken.

Herr SE Krücker betont aus Sicht der Liga, dass dieses Leitprojekt eine Erweiterung der ganz wichtigen Seniorenarbeit in Köln sei. Es sei ein Erfolg, dass im präventiven Bereich ein solcher Ausbau vollzogen wird. Dafür spricht er im Namen der Liga seinen Dank aus. Bezogen auf die gewünschte Ergänzung um die Seniorennetzwerke sieht er dies als sinnvoll an. Bezogen auf die Bemessung der Regie- oder Koordinierungsstellen ist aus Sicht der Liga auch ein floatendes System möglich. Das Gesamtvolumen werde allerdings als notwendig erachtet.

Herr RM Dr. Schulz interessiert die angesprochene Evaluation und bittet um Informationen hinsichtlich Konzeption und Fortschritt.

Frau RM Hoyer bedankt sich bei der Verwaltung für dieses Leitprojekt und bei den Wohlfahrtsverbänden, ohne deren Unterstützung die Netzwerke nicht so gut arbeiten könnten. Ehrenamt brauche immer auch ein Stück Hauptamt, um sich einbringen zu können. Sie teilt mit, dass sie sich an der folgenden Abstimmung zu TOP 3.1 nicht beteiligen wird, da sie im Förderkreis der Seniorennetzwerke vertreten ist.

Frau RM Heuser bittet um eine Zusammenstellung der Programme und Maßnahmen im Bereich „Senioren“, da zwischenzeitlich teilweise die Übersicht verloren gegangen sei. Hier wäre auch eine Aufstellung sinnvoll, welche Auskunft über die Schnittstellen z.B. zu Seniorenkoordination, Servicestellen usw. gibt.

Herr Dr. Rau sagt zu, dass eine solche Aufstellung erarbeitet und dem Ausschuss vorgelegt werden wird.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold schlägt vor, die Beschlussvorlage wie folgt in Abs. 2 Satz 1 zu ergänzen: *„Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, das bestehende Konzept für die SeniorenNetzwerk-Arbeit unter Beteiligung der Seniorenvertretung und der Seniorennetzwerke zu überarbeiten.“*

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, das in der Anlage beigefügte Strategiepapier für das Leitprojekt „Weiterentwicklung des Seniorenpakets vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – hier: Ausbau der SeniorenNetzwerke“, einschließlich der Einrichtung von 15 neuen Seniorennetzwerken in den in der Anlage 2 vorgeschlagenen Stadtteilen und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, das bestehende Konzept für die Senioren-Netzwerk-Arbeit unter Beteiligung der Seniorenvertretung und den Seniorennetzwerken zu überarbeiten, die im vorgelegten Strategiepapier formulierten Handlungsfelder aufzunehmen und das überarbeitete Konzept dem Ausschuss für Soziales und Senioren bis Ende 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der so ergänzten Beschlussvorlage wird, ohne Beteiligung von Frau RM Hoyer, einstimmig zugestimmt.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Neubau von vier Mehrfamilienhäusern im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf - Baubeschluss 2961/2018

Herr RM Dr. Schulz fragt im Hinblick auf den großen Bedarf an Wohnflächen nach, warum lediglich eine zweigeschossige Bebauung vorgesehen ist, da in dieser Randlage auch eine viergeschossige Bauweise möglich sein sollte und damit dem großen Bedarf Rechnung getragen werden könne.

Frau Adams führt aus, dass der gültige Bebauungsplan ein reines Wohngebiet mit einer zweigeschossigen Bauweise mit Sattel- oder Walmdach und festgelegten Baufenstern vorsieht. Baufenster geben eine im Bebauungsplan zwingend einzuhaltende Baugrenze vor, die von den jeweiligen Einzelgebäuden nicht überschritten und überbaut werden dürfen. Dies bedeutet, dass ein massiveres Gebäude, z.B. ein größeres oder höheres Gebäude, durch diese Festlegung im Bebauungsplan planungsrechtlich nicht zulässig ist. Hier wurde bereits das Optimum geplant. Eine Änderung des Bebauungsplans hätte gravierende Auswirkungen auf den Baubeginn und könnte diesen um Jahre verzögern.

Frau RM Heuser findet, dass der Plan gut in die Gegend passt und lobt, dass die Belegung nach dem integrativen Belegungssystem gedrittelt ist.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Neubau von vier Mehrfamilienhäusern im sozial geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-Rondorf Gemarkung Rondorf-Land, Flur 6, Flurstücke 266, 267, 282, 283 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.2 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft - Anpassung des Planungsauftrags 2267/2017/1

Herr RM Detjen bittet diese Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben. Die Partei Die Linke beabsichtigt im Stadtentwicklungsausschuss einen Änderungsantrag zu stellen. Sie findet es ausgesprochen schade, dass die Stadt, wie in diesem Fall, nicht mehr selbst baut, sondern das Konzept aus der Hand gibt.

Herr Dr. Schulz bittet den TOP im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung nochmals aufzurufen.

Herrn Ausschussvorsitzender RM Paetzold bringt ein, dass er die Idee, einen Supermarkt zu überbauen, auch im Hinblick auf die Lebensqualität der dort lebenden Menschen positiv sieht.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum des Ausschusses in der Beratungsfolge geschoben.

4.3 Umsetzungsbericht zum Diversity Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ 2905/2018

Herr RM Hegenbarth zeigt sich dankbar darüber, dass im Bereich der anonymisierten Bewerbungen etwas geschieht, da bereits vor Jahren im AVR entsprechende Anfragen gestellt wurden. Er hat aber zur Durchführung der anvisierten Erprobung Fragen und möchte wissen, was geplant sei und ob über Details bereits etwas gesagt werden kann.

Frau Rehberg führt aus, dass ein internes Fachgespräch mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung und mit Vertretern der Städte Monheim und Celle stattgefunden habe, da diese beiden Städte das anonymisierte Bewerbungsverfahren seit vielen Jahren in ihren Kommunen sehr erfolgreich umsetzen. Es werde derzeit intern abgeklärt, welche Vor- und Nachteile für die Stadt Köln bestehen.

Herr Dr. Rau ergänzt, dass im Bereich seines Dezernatsbüros bei den nächsten Stellenbesetzungen ein anonymisiertes Verfahren angewendet werden wird.

Frau RM Schmerbach freut sich insbesondere über die Planung zum Angebot betriebsintegrierter Werkstattarbeitsplätze.

Frau RM Heuser freut sich über die Fortschritte und beantragt den Beschluss analog des Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zu erweitern.

Frau RM Hoyer schließt sich hinsichtlich der Beschlussübernahme **Frau RM Heuser** an.

Herr RM Klausning appelliert, dass das anonymisierte Bewerbungsverfahren kein Zielbild sein könne. Nach seiner Ansicht zeigen anonymisierte Bewerbungsverfahren, dass individuelle persönliche Merkmale, welche eine Person zu einer Person machen, verloren gehen. Er appelliert an einen Kulturwandel des Menschen um unvoreingenommen auf andere zuzugehen und weist auf die Wichtigkeit hin, dass man sich selbst bewusst machen müsse, wie man unbewusst diskriminiert.

Frau Rehberg antwortet, dass es hierbei darum gehe, bewusste oder unbewusste Vorurteile zu den Bewerbungen auszuschließen. Hierzu würden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intern geschult und sensibilisiert.

Herr Dr. Rau stimmt **Herrn RM Klausing** zu und weist auf die Instrumente hin, welche sich die Verwaltung in diesem Bereich selbst gibt. Hier gelte es Erfahrungen zu reflektieren, zu lernen, zu sensibilisieren und einen Kulturwandel herbeizuführen.

Herr RM Hegenbarth führt an, dass Diskriminierung, so niederschwellig sie auch sein mag, Diskriminierung ist. Nur weil es niederschwellige Diskriminierung in der Gesellschaft gibt, müsse man diese nicht hinnehmen. Eine anonymisierte Bewerbung sei hier hilfreich.

Herr RM Klausing erläutert, dass es evolutionsgeschichtlich zum Wesen des Menschen gehöre, dass es Diskriminierung gebe. Selbst bei aller Sensibilisierung gebe es Wahrnehmungsverzerrungen. Der Mensch nehme unbewusst Bewertungen von Menschen und Umständen vor. Selbst wenn wir diskriminierungsfreier würden, würden wir nach wie vor Diskriminierung haben. Deswegen könne es nicht das Zielbild sein, anonymisierte Bewerbungen durchzuführen, bei denen Unterschiede nivelliert würden. Er möchte, dass wir daran arbeiten, die Instrumentarien an der Hand zu haben, mit denen man sich der Diskriminierung, welche man selbst immer wieder durchführt, bewusst machen könne und sich selbst noch einmal neu zu filtern, um tatsächlich selbst genau zu überlegen „warum möchte ich diesen Menschen genau jetzt nicht einstellen.“

Frau Rehberg führt aus, dass den Menschen die gleichen Zugangschancen eröffnet werden. Durch anonymisierte Bewerbungen werden Unterschiede nicht „weg gemacht“, sondern diese werden innerhalb eines stattfindenden Bewerbungsgesprächs wieder deutlich. Der Anfang ist die Chancengerechtigkeit bei der Eröffnung des Zugangsweges.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold schlägt den Beschlusstext der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zur Beschlussfassung vor.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Umsetzungsbericht des Diversity Konzeptes „2020: Köln I(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage den Ausbau von Diversity-Management und Interkultureller Öffnung als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung voranzutreiben und zu etablieren. **Dazu sind ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Vergabe Restmittel Antirassismus-Training
3332/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, an das Projekt „Afrodeutsche und Schwarze Kinder in Deutschland stark machen für Eltern und Verwandte Schwarzer Kinder“ im Rahmen der Antirassismuserarbeit Fördermittel in Höhe von 2.722 € zu vergeben

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5.1 Förderung des Projektes "Port Kölnberg - Veedelslotse" 3438/2018

Abstimmungsergebnis:

Der TOP 5.1. wird ohne Votum des Ausschuss Soziales und Senioren in den Finanzausschuss geschoben.

6 Anregungen, Stellungnahmen und Berichte der Stadtarbeitsgemeinschaften

6.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018 3010/2018

Frau RM Schmerbach macht auf den Unterschied zwischen „einfacher Sprache“ und „leichter Sprache“ in Anlage 2 aufmerksam. Sie fragt an, ob auch beabsichtigt sei, dies in „leichter Sprache“ darzustellen.

Herr Dr. Bell antwortet, dass ganz bewusst unterschieden wird zwischen „leichter Sprache“ und „einfacher Sprache“. Der vorliegende Text sei durch Vertreter der Behindertenorganisation zur Verfügung gestellt worden, welche für sich verabredet haben, dass diese ihr Fazit in „einfacher Sprache“ zur Verfügung stellen. Bei bestimmten Dokumenten werde dazu übergegangen eine Zusammenfassung in „leichter Sprache“ zu veröffentlichen.

Frau RM Heuser bemerkt zum Thema Barrierefreiheit und Inklusion kritisch zum Veranstaltungskatalog der VHS Köln an, dass die Nichtmehrunterscheidung zwischen Angeboten für Menschen mit und ohne Behinderung dazu führt, dass man keine speziellen Angebote mehr erkennen kann. Sie fragt nach, ob hier eine Gegensteuerung vorgesehen sei.

Herr Ladenberger zeigt auf, dass sich die VHS hier in einem Lernprozess befindet und derzeit es z.B. Überlegungen dazu gibt, Sprachkurse mit anderen Kursgeschwindigkeiten anzubieten und entsprechend zu kennzeichnen. Hinsichtlich der Umsetzung des Diversity-Konzepts sollte sich dies seines Erachtens nach im Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wiederfinden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

6.2 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018 - Mitteilung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST 3122/2018

Frau SE Brauckmann bedankt sich für die sehr gute Zusammenfassung und dass die Möglichkeit geschaffen wurde, dieses Treffen im Rahmen des CSD durchzuführen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern
3459/2018**

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold zeigt sich, auch im Namen der übrigen Ausschussmitglieder, erfreut über die Mitteilung

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

**7.1.1 Genehmigungsfreistellung nach § 67 Bauordnung Nordrhein – Westfalen (BauO NRW)
2619/2018**

Herr RM Ladenberger bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**7.1.2 Illegale Vermietung von Studentenappartements als Ferienwohnungen in Köln
3076/2018**

Frau RM Gärtner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und für die Bemühungen der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**7.2 Bericht Wohnen in Köln 2017 - Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2017, Ausblick 2018
3358/2018**

TOP 7.2 wurde im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben.

**7.3 Pegel Köln 3/2018
Einwohnerentwicklung 2017: Köln wächst - auch bei geringer Zuwanderung
3059/2018**

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold merkt an, dass der Wegzug junger Familien auf Grund des fehlenden Wohnraums ein brennendes Thema bleibt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.4 1. Sachstandsbericht Kooperatives Baulandmodell Köln 0022/2018

Frau RM Heuser bittet um Mitteilung

- a) wer in der Lenkungsgruppe vertreten ist, die im Bericht genannt ist und
- b) bezüglich der 30 % Quote der Wohneinheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau fragt sie, was mit den Investoren vereinbart wurde und wie viele öffentlich geförderte Wohnungen tatsächlich gebaut werden.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass beide Fragen schriftlich beantwortet werden.

Frau RM Hoyer hat hinsichtlich der Aufstellung in den Tabellen die Nachfrage, wie viele Wohneinheiten nunmehr tatsächlich vollendet – also bewohnbar – sind.

Herr Dr. Rau sagt eine Beantwortung der Verwaltung auch dieser Nachfrage zu.

7.5 Wohngeld - Bericht über die aktuelle Entwicklung 3213/2018

Herr RM Paetzold merkt an, dass diese Zahlen auf Grund der fehlenden Dynamisierung des Wohngelds zu erwarten waren. Dies sei ein Zustand, der bereits seit längerem beklagt werde.

Frau RM Heuser weist auf den Antrag aller demokratischen Fraktionen aus der Sitzung des Rates vom 05.02.2018 hin. Darin wurde zur Leistungsnovelle Wohngeld die eindeutige Aufforderung an die Bundesregierung gestellt auf Grund der steigenden Wohnungsmieten eine Dynamisierung des Wohngeldes vorzunehmen.

Herr RM Detjen weist darauf hin, dass der Beschluss des Rates der Stadt Köln berücksichtigt wurde, da im Gesetzentwurf eine Dynamisierung enthalten sei, diese jedoch nicht umgesetzt wird. Hierbei gehe es um viele Millionen Euro, die der Stadt Köln letztlich fehlen.

Herr **Ausschussvorsitzender RM Paetzold** bittet **Herr Dr. Rau** in Berlin entsprechend nachzufragen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Nachfragen zum Datenschutz im JobCenter - Anfrage der Gruppe BUNT aus der Sitzung vom 06.09.2018 AN/1201/2018

Beantwortet durch TOP 8.1.1.1

**8.1.1.1 Beantwortung der Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 06.09.2018 „Nachfragen zum Datenschutz im Jobcenter“
3416/2018**

Herr RM Hegenbarth bedankt sich für die Beantwortung. Er fragt nach, ob es Kenntnisse über den Umgang privater Partner des Jobcenters mit dem Thema Datenschutz gebe.

Herr Wagner teilt mit, dass die privaten Träger nicht durch das Jobcenter geschult werden. Allerdings habe das Jobcenter ein ganz erhebliches Interesse daran, dass der Datenschutz bei den beauftragten privaten Trägern gewahrt ist. Bei den Maßnahmen, welche über das Gutscheilverfahren durchgeführt werden, müssen alle Träger entsprechend zertifiziert sein. Im Rahmen dieser Zertifizierung besteht eine eindeutige ISO-Norm, welche sicherstellt, dass der Datenschutz beim Träger eingehalten wird. Hier werden im Rahmen von Audits auch Prüfverfahren durchgeführt, über die das Jobcenter entsprechend informiert werde. Bei klassischen Ausschreibungen werde in den Verträgen mit den Maßnahmenträgern auf die Datenschutzrichtlinien hingewiesen und in fast allen Fällen auch Vertragsstrafen vereinbart, die greifen, wenn der Datenschutz nicht eingehalten wird. Es werde mit einer Prüfgruppe bei den Maßnahmenträgern die Einhaltung des Datenschutzes überprüft.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**8.1.2 Anfrage von RM Frau Heuser zum Bericht des Jobcenter Köln zum Thema Integration Geflüchteter aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.06.2018
3413/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**8.1.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Lerchner in der Sitzung des Sozialausschusses am 06.09.2018 zum Angebot "Fit für mehr mit Abschluss"
3461/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**8.2 Bericht des Jobcenter Köln
3487/2018**

Herr RM Dr. Schulz bittet darum den Begriff „umgesetzt“ im Zusammenhang mit Vermittlungsgutscheinen zu erläutern. Ferner bittet er um Mitteilung wie viele Arbeitsverhältnisse durch das JobSpeedDating 2018 mittel- oder langfristig entstanden sind. Zum Bereich „Gründungsberatung“ bittet er um Mitteilung, wie viele Personen an den Gründungsberatungen teilnehmen.

Herr RM Scheffer hebt positiv hervor, dass noch vor der finalen Beschlussfassung des § 16 i SGB II durch das Kölner Jobcenter Weichen gestellt werden. Er fragt nach, ob die 365 Stellen des auslaufenden Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Ar-

beitsleben“ mit 365 Stellen bei den prognostizierten 600 bis 700 Stellen im Rahmen des § 16 i bereits mit einkalkuliert seien. Im Bereich Integration Schwerbehinderter bestehe eine Lücke im Bereich Ist- und Soll-Zustand bei zunehmendem Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Er fragt nach, ob es hierzu eine Erklärung gebe.

Frau RM Hoyer bittet um Informationen zum Seminar „Gesund führen“.

Herr Wagner führt aus, dass „umgesetzt“ in diesem Zusammenhang „genutzt“ bedeute. Die genannten 1.530 Gutscheine wurden tatsächlich von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei Trägern eingereicht. Dies bedeute natürlich auch, dass diese Menschen mit der Maßnahme begonnen haben.

Bezüglich des JobSpeedDating werde er die Zahlen nachreichen, sobald die Werte vorliegen und auch über die Gewerke informieren, in welchen diese Menschen nun arbeiten.

Bei der Gründungsberatung sollte zur Beantwortung die nächste Sitzung des Ausschusses ins Auge gefasst werden, um auch hier mit weiteren Erfahrungswerten antworten zu können.

Das Projekt „Soziale Teilhabe“ ist bei den genannten Zahlen im Zusammenhang mit § 16 i SGB II nicht einberechnet. Da das Projekt „Soziale Teilhabe“ auslaufen wird, werde hier nach einer Möglichkeit gesucht, die Menschen, die bisher im Projekt „Soziale Teilhabe“ gefördert wurden, dann über § 16 i SGB II zu fördern. Die Herleitung der Anzahl von 600 bis 700 Stellen im Bereich des § 16 i SGB II beruhe auf den zu erwartenden finanziellen Mitteln.

Die Schwerbehindertenförderung ist trotz intensiver Bemühungen des Spezialistenteams und trotz einer speziellen Fokussierung nicht an die Zielwerte des Jobcenters herangekommen. Trotz aller Förderleistungen gebe es hier eine „gläserne Decke“ bezüglich der Vermittlung von Menschen mit einer Schwerbehinderung in Arbeit. Hier werde im nächsten Jahr – ggf. auch mit eigenen Mitteln – eine Offensive beginnen, um das Thema „berufliche Rehabilitation / Vermittlung von Menschen mit Behinderung in Arbeit“ für Köln besonders in den Fokus zu nehmen.

Das Seminar „Gesund führen“ ist eine Selbstreflektion für Führungskräfte zum Thema „Führen im Team“ unter Beachtung wie „ungesundes“ Klima im Team vermieden werden kann.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** dankt **Herrn Wagner** für die Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Unterbringung von Flüchtlingen - Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses vom 17.05.2018 AN/0775/2018

Frau Adams teilt mit, dass diese Anfrage am 06.09.2018 unter 2357/2018 beantwortet wurde.

9.1.2 Wohnsitzauflage von Geflüchteten 3370/2018

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis

9.1.3 22. Bericht zur Situation Geflüchteter 3355/2018

Frau RM Heuser bittet um Auskunft, wie viele Frauen und Frauen mit Kindern noch in Notunterkünften untergebracht sind.

Frau Adams teilt mit, dass im Objekt Herkulesstraße 13 alleinreisende Frauen sowie 4 alleinstehende Frauen mit 15 Kindern und in der Ringstraße 3 alleinreisende Frauen und 11 alleinstehende Frauen mit 39 Kindern untergebracht sind.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass sich der Ausschuss vor geraumer Zeit darauf verständigt hat, den ausführlichen Bericht nicht mehr zu jeder Sitzung vorzulegen, sondern um eine verkürzte Version zu ersetzen. Im nächsten ausführlichen Bericht werde auch die Situation der Menschen mit besonderem Schutzbedarf dargestellt, so auch die Familien und alleinreisenden Frauen bzw. Frauen mit Kindern.

Herr RM Detjen interessiert, ob sich die Situation in Syrien geändert habe und ob von dort inzwischen neue bzw. mehr Flüchtlinge ankommen. Ferner bittet er darum, beim nächsten Bericht die Frage der kommunalen Finanzen darzulegen.

Frau Adams teilt mit, dass zum Bereich kommunale Finanzen Mitteilungen in den nichtöffentlichen Teilen des RPA und Finanzausschusses anhängig sind. Die neuen Flüchtlingszahlen halten sich, trotz neuer Zuweisungen, insgesamt auf einem leicht sinkenden Niveau. Im Bericht zum Stand 30.09.2018 wird aber darauf hingewiesen, dass die Zahl der unerlaubt eingereisten Personen wieder stark steigend ist. Im nächsten Bericht werde die Anzahl der wieder ansteigenden Flüchtlingszahlen im Oktober 2018 thematisiert werden. Die Zugangszahlen von fast 450 Menschen im Oktober lassen es notwendig erscheinen, dass erstmalig wieder Reserverressourcen in Betrieb genommen werden müssen. Dies wird zuerst die Matthias-Brüggen-Str. mit 230 Plätzen sein. Sollte die Entwicklung anhalten, so sei zu überlegen im Dezember ggf. eine Leichtbauhalle, wahrscheinlich am Luzerner Weg, wieder belegbar zu machen. Es handele sich zurzeit überwiegend um Menschen aus Mazedonien und Albanien. Bezüglich des Luzerner Weges laufen derzeit Absprachen mit den Trägern.

Frau RM Hoyer verweist auf die Mitteilungen in der Presse, welche von rückläufigen Zahlen berichten und bedankt sich für die Ausführungen von Frau Adams, welche hier Klarheit über die tatsächliche Situation bringen. Sie stellt die Frage, ob dieser starke

Zugang ein Kölner Spezifikum darstellt oder ob sich dies in anderen Städten auch so abzeichnet und widerspiegelt.

Frau Adams weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Winterphänomen handelt, welches als solches nicht neu sei. Zwar seien die Zahlen im Schnitt höher als die der letzten Jahre, aber sie weichen nicht erheblich ab. Die Stadt Köln werde in Bezug auf die Regelungen zu unerlaubt eingereisten Personen das Land anschreiben, weil in dieser Hinsicht bisher nichts geregelt ist. Der Personenkreis der unerlaubt Einreisenden hat die Möglichkeit seinen Wohnsitz, wenn er in Deutschland ist, frei zu wählen. Asylantragsteller hingegen werden zugewiesen.

Frau RM Heuser erachtet es als sinnvoll, dies bei der nächsten Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen als aktuelles Thema einzubringen.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** bedankt sich bei **Frau RM Hoyer** für die Frage.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.1.4 Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in Köln - Anfrage der Ratsgruppe BUNT AN/1514/2018

Eine Beantwortung steht aus.

9.2 4. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2459/2018

Frau RM Heuser bittet um Beantwortung der Frage, wie lange es durchschnittlich dauert, bis eine Klärung herbeigeführt ist.

Herr Zitzmann gibt an, dass diese teilweise bei 3 Monaten liege und die Beantwortungen von Seiten der Verwaltung teilweise auch unvollständig seien.

Herr RM Detjen bittet die Verwaltung um Auskunft, wie diese zur Empfehlung zum Thema Gewaltschutz steht, da in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht.

Frau Adams teilt mit, dass bereits in der Beantwortung deutlich gemacht und beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen auch kommuniziert wurde, dass das Gewaltschutz-Konzept Anfang 2019 fertig sein werde. Hier spielten noch andere Themen wie Antiradikalisierung, Demokratisierung und Schutzmaßnahmen für Bedürftige eine Rolle. Dies werde von Seiten der Verwaltung in einem Paket, voraussichtlich im 1. Quartal 2019, dargestellt werden.

Herr RM Dr. Schulz merkt an, dass darauf hingewiesen werde, dass „bauliche Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs für Menschen mit Behinderungen, insbesondere bei Kindern, zwar wünschenswert, nicht aber notwendig“ seien. Hier müsste nach Lösungen gesucht werden. Außerdem habe er Fragen bezüglich der Beschwerde über den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Grundsätzlich gehe er davon aus, dass alle Geflüchteten den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Welche Schwierigkeiten gibt es hier und wie werden diese behoben.

Frau Adams teilt zum Thema Barrierefreiheit mit, dass dies in allen neugebauten, konventionellen Bauten umgesetzt werde. In Systembauten wird dies ebenfalls umgesetzt, wenn die Möglichkeit dazu besteht.

Herr Zitzmann teilt mit, dass die Beantwortung zum Thema „Zugang zur Gesundheitsversorgung“ nachgereicht wird. (siehe Anlage 1 zur Niederschrift)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**9.3 Übersicht der Bildungsangebote für 16-25 Jährige aus dem Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
3506/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

**10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2018
3317/2018**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**10.2 Sachstand: Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
2763/2018**

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** gibt das Wort an den Vertreter der KVB AG Herrn Höhn.

Herr Höhn teilt mit, dass sich der an die Ausschussmitglieder versandte Sachstandsbericht mit Datum vom August 2018 zwischenzeitlich weiterentwickelt hat. Für den Busbereich gilt seit dem 01.07.2018 die Regelung, dass die Mitnahme in Zusammenhang mit dem Erlass des Landes NRW möglich ist. Hierzu wurden die Beförderungsbedingungen angepasst. Wenn die im Erlass genannten Bedingungen erfüllt sind, ist eine Mitnahme möglich.

Der Umbau der Busflotte der KVB AG ist weitestgehend abgeschlossen. Über 90 Prozent der Busse sind so ausgestattet, dass sie die im Erlass erwähnten Fahrzeuge mitnehmen können.

Für den Stadtbahnbereich steht eine Regelung noch aus. Auch hier arbeitet die KVB seit Jahren an einer Regelung und komme hier auf die Zielgerade. Zum Januar 2019 werden die Fahrzeuge, die nun bereits geeignet sind, freigeben für die Mitnahme von E-Scootern. Auch hier gelten im Grunde die gleichen Regelungen wie sie im Erlass formuliert sind, mit einer Ausnahme bzw. Ergänzung, dass auch E-Scooter mit einer Länge bis 1,40 Meter mitgenommen werden können. Dies war ein spezieller Wunsch der Betroffenen. Das ist auch in die, nochmals geänderten, Beförderungsbedingungen eingeflossen.

Die Hochflurbahnen können somit zum Januar 2019 freigeben werden. Bei den Niederflurbahnen war von vornherein klar, dass zunächst ein statisches Gutachten erstellt werden muss und dass ein Umbau der Inneneinrichtung erforderlich wird. Hieran werde mit Hochdruck gearbeitet und die KVB hofft möglichst zeitnah zu einem Ergebnis zu kommen. Im Zusammenhang mit der Öffnung für die Busse wurden auch von Anfang an Schulungen für die Betroffenen angeboten. Kontakte werden im Internet angeboten. Dies gelte künftig auch für die Stadtbahnen. Bisher gibt es noch keine Nachfragen nach Schulungen. Mit Ausnahme des Niederflurnetzes werde das Thema zum Jahreswechsel 2019 gelöst sein. Der übrige Bereich wird nach den erforderlichen Umbaumaßnahmen gelöst werden.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Petzold** begrüßt die Ausführungen von Herrn Höhn und gibt das Wort an **Herrn SB Ladenberger**.

Herr SB Ladenberger bittet bezüglich der Niederflurbahnen um Angaben, wann das Gutachten, welches ursprünglich im Herbst erwartet wurde, vorliegt.

Frau RM Schmerbach bittet darum, die Situation beim Ein- und Aussteigen mit den E-Scootern ebenfalls zu berücksichtigen. Hier gebe es oftmals das Problem, dass Bäume, Bordsteine oder ähnliches im Wege seien und daran hindern richtig aussteigen. Hier empfehlen sich Schulungen der Busfahrer/Innen.

Herr Höhn antwortet auf die Frage von **Herrn SB Ladenberger**, dass die Fachabteilung der KVB die Frage hinsichtlich des Vorliegens des Gutachtens nicht beantworten könne. Die einfach klingende Fragestellung nach der Statik der Fahrzeuge ist wohl etwas komplexer als angenommen. Die KVB wird den Ausschuss informieren, sobald das Gutachten vorliegt oder genauere Zeithorizonte benannt werden können. Hinsichtlich der von **Frau RM Schmerbach** angesprochene Probleme beim Ein- und Aussteigen führt Herr Höhn aus, dass dieses Problem auch auf Personen mit Rollstühlen und Kinderwagen zutrefe. Das Problem sei hier in aller Regel nicht die mangelnde Fahrfähigkeit des Fahrpersonals, sondern die stadträumliche Situation (z.B. falsch parkende Pkw's).

Herr SB Ladenberger würdigt den gesamten bisherigen Prozess. Da auch weiterhin eine Reihe von Einschränkungen an die E-Scooter geknüpft ist, bleibe die Begeisterung aber aus. Bis sich alle die betroffenen Bürgerinnen und Bürger E-Scooter beschafft haben, welche die Voraussetzungen erfüllen, sei noch ein langer Zeitraum zu überwinden. Es werde sicher auch weiter E-Scooter geben, dreirädrige zum Beispiel, welche die Sicherheit zur Mitnahme nicht erfüllen. Hier ist es hinnehmbar, dass Einschränkungen erfolgen. Die gute Nachricht, dass die Freigabe im Hochflursystem im Januar erfolge, nehme er auf und werde mit großem Interesse die Entwicklung in der Praxis beobachten und hoffen, dass im Niederflursystem die Umstellung so schnell als möglich von statten gehe.

Herr RM Paetzold führt abschließend aus, dass „steter Tropfen den Stein höhle“ und man nach langer Zeit der Beratung zu diesem Thema nunmehr zu einem guten Ende gekommen sei. Er bedankt sich bei allen Beteiligten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen
AN/0940/2018**

**Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen (Beantwortung der
Anfrage AN/0940/2018 der Ratsgruppe BUNT im Ausschuss für Soziales
und Senioren)
2731/2018**

Herr RM Hegenbarth Herr RM Hegenbarth bittet um Differenzierung der Beantwortung nach Frauen und Männern und um Angaben, ob die Neuregelung des § 36a AufenthG bereits zur Anwendung gekommen ist und dazu schon Zahlen vorliegen.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.“

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.2 Deckung des Bedarfs an vollstationären Dauerpflegeplätzen in Köln.
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1144/2018**

Frau RM Heuser teilt für ihre Fraktion mit, dass diese über die Länge der Beantwortungsdauer der Anfrage sehr ungehalten ist.

Frau Steinraths erläutert für die Verwaltung die Gründe, welche zur Verzögerung der Beantwortung führten und sagt eine kurzfristige Beantwortung zu.

Frau RM Heuser bittet, dass die Verwaltung künftig wenigstens Zwischenmitteilungen an den Ausschuss weitergibt und erinnert die Stadtverwaltung an ihre Planungsverantwortung.

Herr Krücker teilt zum Gesamtkontext „Pflegeplätze“ – auch zu TOP 12.2 – mit, dass im Bereich stationäre Versorgung in Köln eine äußerst angespannte Situation bestehe, welche sich weiter zuspitzt. Hier gehören Politik, Träger und Verwaltung gemeinsam in die Verantwortung, um hier zu einer Verbesserung auch der Versorgungssituation im stationären Bereich zu kommen. Die in Köln vorhandenen Kapazitäten seien nahezu 100% ausgelastet. Zur Schaffung neuer Plätze bestehen in Köln erhebliche Vorlaufzeiten von bis zu sieben Jahren. Die Träger seien hochgradig besorgt, wie sich in Köln die Versorgung im stationären Bereich, aber auch bezogen auf den ambulanten und teilstationären Bereich entwickelt. Hier steuere man auf dramatische Versorgungsengpässe zu.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** schlägt vor, der Anregung von **Frau RM Gärtner** zu folgen und den Tagesordnungspunkt 12.2 bereits jetzt zu behandeln. Er lobt ausdrücklich die Ausführlichkeit des erarbeiteten Berichts.

**11.1.3 Beantwortung einer Anfrage und Anmerkungen zum geplanten Amt für Integration und Vielfalt
3150/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.4 Schwerbehindertenrecht - Bearbeitungsdauer von Schwerbehindertenanträgen
3377/2018**

Herr SE Dr. Dr. Mück findet es erfreulich, dass die rückständigen Fälle von 6.100 auf 1.500 gesenkt werden konnten, sieht es aber kritisch, dass sich die Verwaltung auf den Landesdurchschnitt beruft. Sehr kritisch sei, dass Betroffene telefonisch nicht an die sachbearbeitende Stelle durchkommen. Hier bittet Herr SE Dr. Dr. Mück um Beantwortung, ob hier Verbesserungen der Erreichbarkeit vorgesehen seien.

Des Weiteren bittet er um Mitteilung, ob ggf. durch der Weitergabe der Antragsunterlagen an den Patienten, welcher die Unterlagen an den Arzt weiterreicht, eine Beschleunigung der Bearbeitung erreicht werden könne.

Ferner bittet Herr SE Dr. Dr. Mück hinsichtlich der 2,5 Stellen um Mitteilung, ob diese zugesetzten Stellen auch schon besetzt wurden oder ob dies noch in Planung ist.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold sieht in der langen Bearbeitungsdauer im Hinblick auf die dem Bürger dadurch vorenthaltenen Rechte auf Vergünstigungen wie z.B. Freifahrten im ÖPNV bereits fast einen Skandal. Es handele sich überwiegend um Menschen am Lebensende, bei denen die Sorge bestehen müsse, dass einige den Bewilligungsbescheid erst nach ihrem Ableben erhalten.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zu Kenntnis.

**11.1.5 Beantwortung einer Nachfrage des RM Detjen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 zum Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmen des Integrationsbudgets 2768/2018
3519/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.6 Ergänzung der Mitteilung 2768/2018 „Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmen des Integrationsbudgets“ zu den Maßnahmenempfehlungen Nr. 6 bis 8 und 10
3515/2018**

Herr RM Detjen gibt zu bedenken, dass lediglich ein kleiner Ausschnitt des Interkulturellen Maßnahmenprogramms bearbeitet wird und der Rest seit einigen Jahren „brach“ liege. Dies ist, seiner Ansicht nach kein richtiger Umgang mit dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm, an dessen Entwicklungsprozess bis zu 300 Menschen

beteiligt waren. Er regt an, über einen respektvollen Umgang mit dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm neu nachzudenken.

Frau RM Heuser äußert zu Punkt 9 die Bitte, einen Bericht des Therapiezentrums für Folteropfer zu erhalten, der Auskunft über die Anzahl der dort beschäftigten Personen und die Anzahl der dort betreuten Personen gibt. Ebenso wünscht sie sich Angaben zu den dort tätigen ehrenamtlichen Personen, welche Beratungen und Therapien durchführen und wie die Patientinnen und Patienten dort verteilt werden.

Herr **Ausschussvorsitzender RM Paetzold** möchte ergänzend wissen, welche Qualifikation Ehrenamtler im Therapiezentrum für Folteropfer nachweisen können, wenn sie dort Menschen betreuen.

11.1.7 Ehrenamtskarte und Jugendleitercard 3493/2018

Herr RM Detjen stellt die Nachfrage, ob manche kostenfreie Angebote wie „Führung durch den Fernwärmehunnel“ nicht allen Kölnerinnen und Kölnern zur Verfügung stehen oder ob dies wirklich spezielle Angebote für Ehrenamtler seien.

Des Weiteren merkt er an, dass zwei Angebote einen kostenlosen Zugang am Ehrenamtstag beinhalten, sich die Betroffenen aber am Ehrenamtstag auf der Ehrenamtsveranstaltung befinden, dieses Angebot also nicht in Anspruch nehmen können.

Ferner bittet er, die Vergünstigungen nicht nur mit dem Vermerk „ermäßigt“ zu kennzeichnen, sondern mit einer klaren Prozentangabe oder einem Euro-Betrag die Ermäßigung auszuweisen.

Ebenso erscheint das Angebot „Eine kostenfreie VHS-Karte“ an 50 Karteninhaber der Ehrenamtskarte bzw. Jugendleitercard etwas makaber, da es sich wohl an die 50 Schnellsten richte. Vielleicht sei hier eine Überarbeitung möglich.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.3 Mündliche Anfragen

Frau RM Schmerbach fragt an, ob der unabhängige Kölner Flüchtlingsrat, welcher mit einer Stelle und ggf. Sachkosten bezuschusst wird und der 2011 im Rahmen der Kürzungsmaßnahmen Mittelkürzungen in Höhe von 10 Prozent hinnehmen musste, am dynamischen Kostenausgleichsprozess partizipiert und ob z.B. die Personalkostensteigerungen wieder ausgeglichen werden und ob sich dies im Haushalt 2019 widerspiegelt.

Des Weiteren fragt **Frau RM Schmerbach**, ob im Rahmen des „Win-win-Programms“ für die Bottmühle die Barrierefreiheit bei Renovierung und Instandhaltung berücksichtigt werden kann, da auch ältere Menschen die Räumlichkeiten nutzen. **Frau RM Schmerbach** wünscht auch Auskunft darüber, warum die Arbeiten dort augenscheinlich nur schleppend vorankommen.

Die Fragen von **Frau RM Schmerbach** werden schriftlich beantwortet.

Herr RM Detjen fragt an, wann denn mit der Besetzung der Stelle Amtsleiter/in Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln zu rechnen sei.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass das Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Es werde aller Voraussicht nach im 1. Quartal 2019 zu einer Entscheidung kommen. Die Stelle ist nunmehr seit ca. einem Jahr vakant, da das Stellenwiederbesetzungsverfahren sehr komplex sei.

Herr SE Dr. Dr. Mück bittet um die Beantwortung folgender Fragen / Anregungen:

1. zum Thema „Drogenkonsumraum“ und „Toilettenkonzept“. In diesem Konzept wird erwähnt, dass z.B. am Wiener Platz in Mülheim keine öffentliche Toilette aufgestellt wird, solange es noch keinen Drogenkonsumraum gibt. Durch diesen Zusammenhang gibt es weder in Mülheim noch in Kalk öffentliche Toiletten. Er fragt nach, ob eine Auflösung dieses Junktims geplant sei.
2. Er fragt nach dem Sachstand zum Projekt „Senioren-Rikscha“.
3. Er regt an, die Platzierung des Themas „Senioren“ auf dem Internetangebot der Stadt Köln zu überprüfen. Die Platzierung zwischen „Menschen mit Behinderung“ und „Sterbefall“ erscheine sehr unpassend und **Herr SE Dr. Dr. Mück** regt an hier eine andere Begrifflichkeit für „Senioren“ zu finden. Er schlägt beispielsweise „älter werden“ vor.

Herr Dr. Rau nimmt die Thematik „Drogenkonsumraum/Toilettenanlagen“ sowie „Aufbau der Internetseite“ gerne als Anregung auf, hier als Verwaltung tätig zu werden. Zur Thematik „Senioren-Rikscha“ wird eine schriftliche Antwort erfolgen.

12 Mitteilungen

12.1 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2017 und Vorstellung der neuen Leiterin der Beratungsstelle Frau Diana Meschke 2285/2018

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** begrüßt die neue Leiterin der Verbraucherberatungsstelle Köln, Frau Diana Meschke und erteilt ihr das Wort.

Frau Meschke bedankt sich für die Einladung zur heutigen Sitzung und stellt sich den Mitgliederinnen und Mitgliedern des Ausschusses vor.

Herr RM Detjen hat eine Frage hinsichtlich des Bereichs „Verbraucherberatung im Quartier“ und bittet um Auskunft über die Entwicklung. **Frau Meschke** führt aus, dass dieses Angebot in den Sozialräumen sehr gut angenommen werde. Die angebotenen Sprechstunden seien immer gefüllt. In den Quartieren Chorweiler, Kalk, Höhenberg, Vingst seien die Verbraucherinnen und Verbraucher sehr froh, dass sie ein Angebot vor Ort haben. Die Zusammenarbeit als Nahtstelle zur Verbraucherberatungsstelle laufe gut. Komplexere Fälle können mit einem Fachanwalt für Verbraucherrecht abgeklärt werden, welcher an die Verbraucherberatungsstelle Köln angebunden ist.

Herr RM Paetzold dankt **Frau Meschke** für ihr Kommen und ihre Ausführungen und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg. Einen besonderen Dank richtet **Herr RM Paetzold** an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherberatungsstelle Köln, für ihre Arbeit und den ausführlichen Jahresbericht 2017.

12.2 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) 1656/2018

Herr SE Dr. Dr. Mück bedankt sich für den Bericht und bittet bei einer Neuauflage die E-Mail-Adressen der Pflegedienste genauer zu prüfen, da einige bereits wieder veraltet seien. Des Weiteren bittet er, in einer Neuauflage des Berichtes den Punkt „Bildung“ aufzunehmen. Gerade das Empowerment spiele im Bereich der älter werdenden Menschen eine immer größere Rolle z.B. im Onlinebanking, beim Einkaufen oder bei der Kontaktpflege zu Angehörigen.

Frau Steinraths führt aus, dass es sich bei diesem Bericht um die erste Auflage in diesem Umfang handelt. Künftige Berichte werden modifiziert werden und sich auf bestimmte Themen fokussieren. Punkte, wie der von Herrn Dr. Dr. Mück vorgeschlagene, werden dann künftig gegebenenfalls gerne aufgenommen.

Herr Dr. Rau weist auf die bundesweite Bedeutung des Themas hin. Die Gesetzeslage und der intendierte Wunsch der Bundespolitik ist es, die ambulante Versorgung zu stärken. Das heißt die Anreize sind so gesetzt, dass die herkömmliche, vollstationäre Pflege nicht mehr das am meisten angereizte Modell ist. Dies führe zu der zurzeit zu der Situation, dass es für Träger uninteressant ist, vollstationäre Pflege massiv auszubauen. Hier könne man als Kommune nur bedingt steuern. Die Verwaltung müsse Träger unterstützen und befähigen diese neuen, im Pflegestärkungsgesetz vorgezeichneten multimodalen Modelle zu entwickeln. Die Verwaltung plane für die Folgeberichte die Planung in den Mittelpunkt zu stellen und weiterzuentwickeln. Zweiter Gesichtspunkt sei hier das Thema Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Es werde immer schwerer Pflegefachkräfte zu gewinnen. Dies sei eine ganz große Herausforderung, mit der man in Köln nicht alleine stehe. Pflege sei auf der Agenda der Verwaltung ein großes Thema. Künftig werde mehr und intensiver berichtet werden, wo die Verwaltung stehe und was sie vorhabe.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold merkt an, dass ambulant vor stationär zwar eine gute Sache ist, das System gerade jedoch implodiere. Es sei zurzeit kaum möglich Pflegedienste zu finden, welche noch eine Grundversorgung abdecken. Was ihn wundere sei die plötzliche Feststellung, es würden stationäre Betten fehlen. Dies war bei der berechtigten Forderung nach Einbettzimmer-Versorgung bereits vor zwei, drei Jahren abzusehen.

Herr RM Ladenberger hat Fragen hinsichtlich des Personenkreises, der jünger als 60 Jahre ist und Anspruch auf Pflegeleistungen habe. Sei dies bewusst nicht Gegenstand dieses Berichts oder gebe es hier einen eigenen Bericht. Hier stelle sich das Problem der Abgrenzung zur Eingliederungshilfe. Dieser Aspekt werde im vorliegenden Bericht vermisst. In einem neuen Bericht sei dies aufzunehmen und zu beleuchten.

Herr Krücker merkt zu den Ausführungen von **Herrn Dr. Rau** an, dass es den Trägern nicht darum gehe, den stationären Bereich massiv auszubauen weil dies aus Sicht der Träger die beste oder schönste Unterbringungsform wäre, sondern die stationäre Versorgung habe immer einen gewissen Anteil im gesamten Versorgungsspektrum und damit auch ihre Notwendigkeit. Dieser Anteil sinkt mit dem Ausbau ambulanter und teilstationärer bzw. differenzierterer Angebote. Auf Grund der demografischen Entwicklung zeige sich, dass dieser Bedarf weiter steigt und dass ein massiver Ausbau aller Angebotsformen notwendig ist. Daher sei es ausdrücklich zu loben, dass im präventiven Bereich, z.B. mit den Seniorennetzwerken massive Unterstützung erfolge.

Hier halten die Träger es für ganz wichtig, den zweiten Schritt zu gehen und tatsächlich zu einer Planung kommen: „Wie viele Plätze brauchen wir, in welchen Versorgungssettings, in welchem Jahr?“ Erst dann habe man eine Qualität, mit der alle arbeiten und entsprechende Versorgungsstrukturen aufbauen können. Hier müsse auch ein Zusammenspiel der Akteure von Kommune, Land und Bund sowie auch der Krankenkassen, welche ja an der Versorgung maßgeblich beteiligt sind, stattfinden. Im Moment werde allerdings der Status quo verwaltet und es geschehe zu wenig hinsichtlich der demografischen Entwicklung.

Frau SE Brauckmann fragt nach hinsichtlich einer Anfrage zum Thema „Pflegerische Versorgung von LSBT“ vom 30.08.2018.

Frau Steinraths teilt mit, dass die Anfrage noch nicht beantwortet sei und diese an die SBK weitergeleitet wurde. Die Beantwortung stehe noch aus.

Herr Dr. Dr. Mück fragt an, wo im Netz der Bericht hinterlegt ist.

Frau Steinraths teilt mit, dass der Bericht noch nicht im Netz zur Verfügung steht, da er in Absprache mit der Internetredaktion der Stadt Köln barrierefrei veröffentlicht werden soll.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**12.3 Veröffentlichung Themenberichte 1 und 2 zu den Ergebnissen der "Leben in Köln" - Umfrage
1904/2018**

Im Rahmen der Tagesordnungsdebatte auf die nächste Sitzung verschoben.

**12.4 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Projektlaufzeit
2559/2018**

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** fragt nach, ob es von Seiten der Verwaltung Ideen gibt, dieses Hilfeangebot auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass dies Teil des politischen Veränderungsnachweises sei, welcher von der Verwaltung umgesetzt werde, wenn er von der Politik beschlossen wird.

**12.5 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018
2560/2018**

Frau SE Reisinger fragt nach, ob es im Bereich Adipositas und Motorik Ideen des Gesundheitsamtes gibt, um in den betroffenen Stadtgebieten ähnliche Erfolge wie im Bereich Zahngesundheit zu erreichen.

Herr Dr. Rau führt aus, dass zur Thematik „kindliche Adipositas“ ein Auftakt-Workshop geplant wird, über dessen Strategie im Ausschuss berichtet wird. Das Thema „Adipositas“ habe für sein Dezernat eine große Bedeutung.

Herr **Ausschussvorsitzender RM Paetzold** merkt an, dass die Thematik „kindliche Adipositas“ und „Motorik“ sehr gut zusammenpassen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**12.6 Kölner Statistische Nachrichten 4/2018
Erwerbstätigkeit und wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung -
Ergebnisse der "Leben in Köln"-Umfrage 2016
3058/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde im Rahmen der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

Frau RM Schmerbach regt an diese Vorlage, auf Grund der Armutgefährdung von Kindern und Jugendlichen auch im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

**12.7 Präventive Hausbesuche Evaluation
2918/2018**

Frau RM Heuser teilt mit, dass die präventiven Hausbesuche einst aus den hauswirtschaftlichen Hilfen hervorgegangen seien und hierzu ein Bericht in Aussicht gestellt wurde, welcher noch nicht vorliegt. Ein Teil des Beschlusses zu den hauswirtschaftlichen Hilfen umfasste, dass Menschen aus Langzeitarbeitslosigkeit hierüber eine Beschäftigung finden. Angedacht waren wohl 49 Stellen. In den Zwischenberichten wurde von 13, später nur noch von 6 Stellen gesprochen. Sie fragt nach, was aus diesem Teil des Beschlusses geworden sei.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die hauswirtschaftlichen Hilfen, wohl auf Grund des hohen Stundenlohns von 12,00 Euro, nicht gut angenommen wurden. Dieser Stundenlohn wurde auf 9 Euro abgesenkt. Wie werde das Angebot der hauswirtschaftlichen Hilfen nunmehr angenommen.

Herr Wortmann führt aus, dass um die Akzeptanz und Nachfrage nach dem Angebot der hauswirtschaftlichen Hilfen zu verbessern derzeit Gespräche mit der Liga stattfinden. Hierzu werde ein neues Konzept entwickelt, über das nach Erstellung berichtet werde.

Herr SE Dr. Dr. Mück bedankt sich für die Evaluation und fragt nach, welche Verbesserungen geplant sind, um die Rücklaufquote zu erhöhen, welche nur bei 13 Prozent lag. So könnte die Begrifflichkeit „Hausbesuche“ ggf. zu Missverständnissen führen. Den Leuten, welche nicht geantwortet haben, sollte man durch ein erneutes Anschreiben eine „2. Chance“ geben, da der angesprochene Personenkreis auf Grund der Altersstruktur manches Mal Dinge verlege. Vielleicht könnte die Rücklaufquote so etwas erhöht werden. **Herr SE Dr. Dr. Mück** regt ferner ein „Beilageblatt“ als Ergänzung zum Anschreiben an, welches Auskunft über die Beratung gibt. Ferner irritieren die angegebenen geschätzten Zahlen der Rückmeldungen und das unbekannte Alter der angeschriebenen Menschen. Außerdem möchte er wissen, ob den präventiv betreu-

ten Personen beim WohnMobil bevorzugt geholfen wird und was sich hinter dem Begriff „vorpflegerischer Bereich“ verbirgt. Des Weiteren werde in der Evaluation ausgeführt, dass bei „lediglich“ 18 Prozent Bedarfe hinzugekommen sind und 23 Prozent weitere Unterstützung benötigten. Diese Zahlen erscheinen **Herrn SE Dr. Dr. Mück** als etwas unterschätzt im Bericht wiedergegeben.

Herr Wortmann erläutert die Methodik, welche zu dem gewählten Verfahren der Anschreiben geführt hat. Um die Rücklaufquote zu erhöhen, könnte man eine andere Methodik auswählen. Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung wird zu Anfang 2019 dem Ausschuss über die Erfahrungen bei der Anwendung anderer Methoden Auskunft geben. Die Ergebnisse der Statistik lassen sich mit einer anderen Methodik sicherlich erhöhen.

Die Möglichkeit einer „2. Chance“ muss sensibel überdacht werden. Einige Angeschiedene reagierten schon auf das erste Schreiben ablehnend.

Ein ergänzendes Beiblatt, also insgesamt mehr als eine Seite, werde, so die Erfahrungswerte, von vielen älteren Menschen nicht mehr gelesen. Die Zahlen hinsichtlich der weiteren und/oder zusätzlichen Bedarfe wurden so von den Trägern gemeldet.

Das genaue Alter der angeschriebenen Personen wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erhoben. Es wurde eine Gruppenauswahl aus dem Einwohnermeldebestand in der Altersgruppe „von ... bis“ erhoben.

Es bestehe bei WohnMobil tatsächlich ein Engpass. Es werden aktuell Gespräche geführt, um Möglichkeiten der Verbesserung zu finden.

Vorpflegerischer Bereich umschreibt den z.B. den Bereich der reinen Einkaufshilfen, welche nicht pflegerisch tätig werden.

Frau RM Hoyer sieht die Rücklaufquote in Höhe von 13 Prozent auf Grund der Tatsache der Freiwilligkeit als positiv an. Allerdings werde deutlich, dass die Rücklaufquote mit 9 Prozent bei Menschen mit Migrationshintergrund sehr gering ist. Hier sollte darüber nachgedacht werden, diesen Personenkreis in einem Schreiben in seiner Sprache anzuschreiben, um die Verständlichkeit und Akzeptanz zu erhöhen. Grundsätzlich sollte die Gestaltung und die Absenderangabe der Schreiben überdacht werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

12.8 Angebote der Winterhilfe 2018/2019 für wohnungslose Menschen 3300/2018

Herr RM Detjen fragt nach, wie sich im Objekt Vorgebirgstraße das Verhältnis zwischen Winterhilfe und ganztäglicher Notstelle aufteilt und ob es eine Verzahnung zu den ehrenamtlichen Winterhilfen gibt.

Herr Schumacher teilt mit, dass es im Objekt Vorgebirgstraße die ganzjährige Unterbringung für den Personenkreis der EU-Zuwanderer gebe und die Winterhilfe eine Öffnung bei Dauerfrost für Jederfrau und Jedermann darstelle. Die Räumlichkeiten lassen höhere Platzzahlen als 170 zu. Im Winter 2017/2018 standen 155 Plätze als Spitzenwert zur Verfügung.

Mit den ehrenamtlich tätigen Winterhilfen stehe die Stadtverwaltung im Dialog und nach Beendigung der Winterhilfe wird sich dies auch im Bericht wiederfinden. Ein gemeinsames Gespräch wird im Februar 2019 stattfinden.

Frau SE Schmerbach fragt nach, wie die Hotline der Winterhilfe bekannt gegeben werde.

Herr Schumacher verweist auf die Pressemitteilung, Veröffentlichungen im Internet und die Weitergabe durch Ehrenamtler.

Frau SE Eggeling erkundigt sich nach dem Beginn der Winterhilfe.

Herr Schumacher erklärt, dass dieser von der Witterung und der Temperatur abhängig gemacht wird. Geplant ist ein Start Anfang Dezember, allerdings sei die Verwaltung bei Temperatureinbrüchen bereits jetzt gerüstet. Hier wirke sich positiv aus, dass die Vorgebirgstraße nunmehr als feste Anlaufstelle zur Verfügung steht.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.9 Sachstand zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit) 3458/2018

Der **Vorsitzende RM Paetzold** begrüßt **Frau Gramm** als Vertreterin der Verwaltung, welche für das Amt für Wirtschaftsförderung – Arbeitsmarktförderung über den Sachstand informieren wird. Frau Gramm führt aus, dass die Stellen in der Verwaltung Mitte des Jahres besetzt werden konnten und das Budget Ende 2018 nicht ganz ausgegeben sein werde. Es sei eine exponentielle Entwicklung sowohl in der Antragstellung als auch in der Zahl der zu Beratenden festzustellen. Es gebe auch bereits die ersten Arbeitgeberkontakte und Unterstützungen von Arbeitsverhältnissen auf dem ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt. Dort werde auch künftig verstärkt in die Akquise eingestiegen. In der ersten Zeit mussten zunächst Richtlinien geschaffen und ein verbindliches Regelwerk vervollständigt werden, um im Zuwendungsrecht das kommunale Geld verantwortlich verausgaben zu können. Im nächsten Jahr stehe zunehmend die Einzelförderung an und es werden sicherlich im engen Kontakt mit dem Jobcenter Schnittstellen und Verbindungen zu dem künftigen § 16 i SGB II geben. Hiervon erhoffe man sich weitere Synergieeffekte. KomProArBeit wurde von der Politik im Vorfeld des sozialen Arbeitsmarktes zur Verfügung gestellt. Es sei aber festzustellen, dass der Gesetzestext des neuen § 16 i SGB II hinsichtlich der Beschäftigung sehr klar und deutlich, aber auch eng gefasst ist, so dass es auch weiterhin einen großen Bedarf geben wird mit KomProArBeit Ergänzungen vorzunehmen und Lücken schließen zu können.

Frau RM Heuser bittet um die Zusicherung bzw. Versicherung, dass die nicht verausgaben Mittel aus 2018 auch tatsächlich nach 2019 übertragen werden.

Frau Gramm teilt mit, dass die Verwaltung dies anstrebt, allerdings ist zur Mittelübertragung das gemeinsame Votum erforderlich und man sei hier auf eine Unterstützung von Seiten der Politik angewiesen.

Frau RM Schmerbach möchte wissen ob tatsächlich alle 19 aufgeführten Stellen mit Personen besetzt oder noch in der Akquise sind.

Frau Gramm bestätigt dies. Eine Person ist privat beschäftigt und die übrigen 18 teilweise bei der Kölner Gesellschaft, also einer städtischen Tochter in Projekten, die für die Stadt durchgeführt werden als auch in anderen gemeinnützigen Einrichtungen, aber – dies sei das Wichtige - auch im Bereich des ersten Arbeitsmarktes.

Herr RM Detjen zeigt sich überrascht über die Ausführungen und sieht es eher als schwierig an, da 19 Stellen nicht viel sind, was auch daran zu sehen ist, dass 450.000 Euro im Haushalt übertragen werden sollen. Im Vorfeld der Haushaltsgespräche wurde bereits darüber gesprochen auf Grund der geringen Nachfrage kein zusätzliches Geld einzustellen. Er fragt nach den tatsächlichen Anträgen, ohne dabei die Arbeit von KomProArBeit schlecht reden zu wollen. Es bereite ihm Sorge, dass nur so wenige Anträge vorliegen. Hierbei sei von Interesse zu wissen, wie viele Anträge aus der Familie der Liga kommen und ob es nicht sinnvoll sei im Kreis von Akteuren zu besprechen, wie in diesem Bereich weitergearbeitet werden kann, um diesen zu forcieren.

Frau Gramm weist darauf hin, dass vielfältige Aktivitäten im Bereich KomProArBeit vorangetrieben werden. Richtig sei, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, welche aktuell gefördert werden, noch recht gering ist, aber mehr Anträge – auch aus dem Bereich der Liga – wurden bisher nicht gestellt. Dies habe u.a. formale Gründe, da das Angebot noch nicht im Internet veröffentlicht worden ist. D.h. es wurde bislang über die eigenen Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der Trägerschaft, alle Informationen verbreitet und um Antragstellung geworben. Das Programm sei dafür da, Lücken zu schließen. Eine absolut freie Finanzierung finde nur in wenigen Fällen statt. Zum größten Teil gebe es ergänzende Finanzierungen, sei es der Höhe nach oder der Dauer oder in Ergänzung zu anderen Förderprogrammen des Bundes oder des Landes. Die Arbeitsmarktförderung sei natürlich damit angetreten, kein kommunales Geld für Dinge auszugeben, für die es vorrangige andere Förderinstitutionen gibt. Man sei in einem engen Austausch mit dem Jobcenter. Es gebe noch Anträge, die noch in der Bearbeitung sind und aus der Akquise auch noch nicht hinreichend konkretisierte Nachfragen. KomProArBeit bestehe im Grunde aus drei Säulen: Die Förderung von Beschäftigungsverhältnissen im Sinne einer Förderung von Lohnkosten sei hierbei nur eine Säule. Es liegen, neben anderen Förderungen auch einige Anträge im Bereich des Coaching, aber auch Anträge zur Gesundheitsförderung vor. Damit werde die Beschäftigungsfähigkeit aber auch die Vermittlungsfähigkeit für den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt. Richtig sei, dass die Komplexität von KomProArBeit so groß sei, dass noch nicht die Menge von Möglichkeiten umgesetzt worden seien, die man sich selbst vorgestellt oder gewünscht hätte. Bis zum Jahresende würden durchaus noch weitere Budgetmittel gebunden sein und darüber hinaus so viel akquiriert sein, dass eine gute Entwicklung im nächsten Jahr stattfinden könne. Gegenüber Wohlfahrtsverbänden und der Kölner Trägerschaft wurden die Angebote von KomProArBeit transparent gemacht. Hierzu habe es auch Informationsveranstaltungen gegeben. Dazu gibt es auch einen Auftrag an die städtische Tochtergesellschaft Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung, welche KomProArBeit in den Themen Akquise und Beratung im Vorfeld von Antragstellungen unterstützt. Auch hierzu hat es Gespräche mit der Liga gegeben und es ist davon auszugehen, dass künftig mehr Anträge aus dem Bereich der Liga kommen werden.

Frau RM Hoyer ist wichtig, dass auch der Bereich des allgemeinen Arbeitsmarktes noch stärker einbezogen wird. Bedenken bestehen bezüglich des § 16 i SGB II und KomProArBeit hinsichtlich der Zielgruppe, welche ungefähr gleich sei und damit im

Wettbewerb zueinander stehe. Neben der Integration sei auch das Thema Qualifikation Bestandteil von KomProArBeit. Sie fragt nach der Gewichtung und wie viele von den 19 vermittelten Personen in Unternehmen, bei städtischen Gesellschaften und bei den Wohlfahrtsverbänden vermittelt wurden.

Frau Gramm korrigiert ihre vorherige Mitteilung hinsichtlich der Anzahl der in Arbeit gekommenen Personen. Es seien in Summe 29 und nicht 19. 12 hiervon werden alleine ohne Partner über KomProArBeit gefördert, 17 werden mit Partnern gefördert im Rahmen einer Co-Finanzierung z.B. zum Jobcenter. Qualifizierungsmaßnahmen werden derzeit zwei und eine berufliche Orientierungsmaßnahme in einem konkreten Fall durchgeführt. Darüber hinaus gebe es Projektförderungen für Gesundheitsförderung z.B. zum Thema „Gesundes kochen für wenig Geld“. Eine Unterscheidung zwischen Wohlfahrtsverbänden, Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung und anderen könne in der Sitzung nicht gegeben werden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Köln als Arbeitgeberin von vornherein stark hinter das Programm gestellt habe und die Stadt Köln die Arbeitgebereigenschaft auch für diese Zielgruppe ernst nehme, wurden im ersten Schritt 12 Personen, über die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung als Beschäftigungsgeber für die Stadt Köln in Arbeit integriert und arbeiten nun zum Beispiel im Bürgeramt Lindental und unterstützen dort die Service-dienste und ähnliches. Von den Wohlfahrtsverbänden liegen leider noch nicht viele Anträge vor. Hier wären weitere wünschenswert, um in diesen Geschäftsfeldern stärker Fuß fassen zu können. Zum künftigen § 16 i SGB II werde es sicherlich Überschneidungen im Bereich der Langzeitarbeitslosen geben, welche Leistungen beziehen. Im KomProArBeit bestünden ganz andere Möglichkeiten hinsichtlich des Personenkreises, so könnten auch die sogenannten Nicht-Leistungsbezieher gefördert werden, die keine Leistungen aus dem SGB II oder SGB III erhalten. Insofern sei das Leistungsspektrum breiter.

Frau SE Eggeling fragt nach ob KomProArBeit die Differenzen ausgleichen könne, wenn es bei Maßnahmen nach dem neuen § 16 i SGB II zu einer nicht tarifgerechten Bezahlung kommt, sondern zu einem Mindestlohn.

Frau Gramm teilt mit, dass nach den ihr bekannten Gesetzesvorlagen der § 16 i SGB II kein neues Förderprogramm, sondern ein neues Förderinstrument sei. Danach müsse nach heutigem Kenntnisstand eine Aufstockungs- oder Ergänzungsförderung auch grundsätzlich möglich sein. Auch dies könne ein Zurückhaltungsgrund bei der freien Trägerschaft sein, damit man später mit weniger Geld mehr erreichen könne. Inwieweit diese Ergänzungsförderung später greift oder greifen muss, werde zu gegebener Zeit zusammen mit der Lenkungsgruppe partnerschaftlich abgestimmt werden.

Herr SE Krücker merkt an, dass die freien Träger bereits zu Beginn der Debatte um das kommunale Beschäftigungsprogramm einige Beiträge geliefert hätten, da seinerzeit der Eindruck entstand, als wäre dieses Beschäftigungsprogramm nicht „trägerfreundlich“ aufgestellt. Nach Meinung der freien Träger sind die Anforderungen für eine „Trägerfreundlichkeit“ auch weiterhin nicht erfüllt. Das Programm KomProArBeit erscheine weiterhin sehr stark auf kommunale Gesellschaften ausgerichtet, die hier einen leichteren Zugriff auf Förderpakete haben, als es freien Trägern gelingt. In der Konkurrenz zu den Bundesförderprogrammen werde jetzt bei den Trägern eine gewisse Zurückhaltung geübt, um zu sehen, was beim Bund nun tatsächlich verabschiedet wird und wie es mit der sehr plausiblen Notwendigkeit der tariflichen Bezahlung auch im Bundesinstrument aussehe. Frau Gramm könne fest davon ausgehen, dass, wenn hier Klarheit besteht, sicherlich aus der Gruppe der freien Träger weitere intensive Versuche kommen, auch dieses kommunale Programm zu nutzen.

Herr RM Detjen bittet um Auskunft ob die Zahlen der Finanzierung bei den – nunmehr korrigierten - 29 Personen weiterhin stimmen. Bei 800.000 Euro bleiben 450.000 Euro übrig. Somit wurden 350.000 Euro ausgegeben. Sind diese 350.000 Euro für 19 oder für 29 Stellen aufgebracht worden. Es wäre hier doch sinnvoller in naher Zukunft eine neue Mitteilung zu machen, in der die einzelnen Bereiche aufgelistet werden und die Finanzen dann stimmten.

Frau Gramm teilt mit, dass die Mittelbindung 459.000 Euro beträgt und hierin alle 29 Beschäftigungsverhältnisse mit Qualifizierung und Coaching und ähnlichem enthalten sind. In einigen Fällen werde nur ein geringfügiger Prozentsatz an Förderung übernommen. Nur in sehr wenigen Fällen werde eine 100%ige Förderung durch KomProArBeit vorgenommen. Für das Protokoll werde eine genaue Auflistung der Mittelbindungen erstellt werden, bei welcher auch differenziert werde zwischen kommunalen Beteiligungsgesellschaften, Wohlfahrtsorganisationen und normalen, gewerblichen Betrieben.

Frau RM Heuser teilt mit, dass sie nicht den Eindruck habe, dass Verbände in irgendeiner Form benachteiligt werden.

Frau Gramm bestätigt, dass eine Benachteiligung programmatisch nicht gegeben ist.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Protokollergänzung:

Förderübersicht KomProArBeit

Stand 14.11.2018

	2018	2019	2020
Mittel KomProArBeit	900.000,00 €	980.000,00 €	900.000,00 €
Mittelbindungen bestehen für:			
Verwaltungskosten sowie Beauftragung Akquise	198.600,00 €	198.600,00 €	198.600,00 €
Förderung von svpfl. Beschäftigung gesamt:	250.043,71 €	184.904,14 €	0,00 €
davon			
kommunale Beteiligungsgesellschaften	150.533,05 €	130.066,07 €	0,00 €
Wohlfahrtsverbände/Beschäftigungsträger	98.387,73 €	48.387,73 €	0,00 €
Privatwirtschaft	1.122,93 €	6.450,34 €	0,00 €
beschäftigungsbegleitendes Coaching	1.260,00 €	6.160,00 €	2.380,00 €
Arbeitsplatzbezogene Qualifizierung	2.500,00 €	0,00 €	0,00 €

berufliche Orientierung	0,00 €	8.026,00 €	0,00 €
Gesundheitsförderung	9.800,00 €	0,00 €	0,00 €
Projektförderung	12.840,00 €	17.280,00 €	8.640,00 €
Gesamtmittelbindungen	475.043,71 €	414.970,14 €	209.620,00 €
Verbleibende Mittel	424.956,29 €	565.029,86 €	690.380,00 €

Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich um:

14 Beschäftigungen bei kommunalen Beteiligungsgesellschaften

14 Beschäftigungen bei Wohlfahrtsverbänden/Beschäftigungsträgern

1 Beschäftigung in der Privatwirtschaft

12.10 Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung 3432/2018

Der Tagesordnungspunkt wurde im Rahmen des TOP 2.2. behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau SB Eggeling fragt zu den humanitären Hilfen nach, ob die in 2018 nicht abgerufenen Mittel auf das Haushaltsjahr 2019/2020 übertragen werden.

Herr Schumacher teilt mit, dass von Seiten des Amtes die Absicht besteht, die Mittel entsprechend zu übertragen. Das entsprechende Verfahren hierzu sei eingeleitet.

12.11 1. Kölner Fachtag für Zahngesundheit und Mundhygiene 3535/2018

Herr SE Dr. Dr. Mück weist auf die angesprochene Zielgruppe der älteren Menschen hin und lädt nochmals alle Anwesenden zu der Veranstaltung ein.

Anfragen werden nicht gestellt.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** beendet um 19:45 Uhr die Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

gez.

Unterschrift Vorsitzender

gez.

Unterschrift Schriftführer

Anlage 1:

Schriftliche Antwort der Ombudsstelle für Flüchtlinge zur Frage von RM Dr. Schulz zu TOP 9.2